

Baden-Württemberg: Stiftung für Islamunterricht



Eine Lösung, die alle Verbände einbezieht, gibt es nicht, dennoch sorgt das baden-württembergische Modell zur Organisation des islamischen Religionsunterrichts bundesweit für Aufsehen: Eine Stiftung, deren Träger das Bundesland ist, soll künftig den Unterricht gestalten, der zum Schuljahr 2019/2020 neu organisiert wird, wie die Deutsche Presse-Agentur berichtet (dpa). Zwei der vier angesprochenen Islamverbände werden sich demnach beteiligen: der Landesverband der Islamischen Kulturzentren sowie die Islamische Gemeinschaft der Bosniaken in Deutschland. Die große Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (Ditib), der laut SWR mitgliederstärkste Verband, sowie die Islamische Glaubensgemeinschaft Baden-Württemberg haben abgesagt. „Das ist bedauerlich, aber deswegen ist das Modell nicht infrage gestellt“, so Ministerpräsident Winfried Kretschmann.

Islamunterricht unter Aufsicht

„Weit über die Schmerzgrenze hinaus“ und „nicht vertretbar“, zitiert der SWR Gründe für die Ablehnung der beiden Verbände. „Die Errichtung einer staatlichen Einrichtung zur Erteilung von Religionsunterricht sei nach ihrer Überzeugung verfassungswidrig und greife ‚massiv in die Religionsfreiheit und in das Selbstbestimmungsrecht der Religionsgemeinschaften ein‘. Die beiden Verbände wollen stattdessen zur Erarbeitung verfassungskonformer Modelle eine unabhängige Expertenkommission einberufen.“

Hintergrund des Ansatzes ist, dass es – anders als im Bereich der christlichen Kirchen – für Islamunterricht keine verbindlichen Ansprechpartner gibt. Religionsunterricht liegt allerdings in Deutschland in der Verantwortung der Religionsgemeinschaften. Die Stiftungsstruktur soll diese Gestaltungsfreiheit gewährleisten und zugleich eine Aufsicht ermöglichen: Der Stiftungsvorstand soll aus fünf Vertretern bestehen, von denen drei durch das Land bestätigt werden müssen, wie die Südwestpresse berichtet. „Die Geschäftsstelle würden Landesbeamte betreiben, die Schiedskommission würde mit unabhängigen sunnitisch-muslimischen Experten besetzt“, heißt es weiter. „Das Stiftungsmodell lässt Spielraum, vor allem in den religiösen Fragen – das ist ja auch die rechtlich notwendige Grundlage. Aber auf der anderen Seite sind

wir Träger und schauen dann natürlich auch hin in der Rolle des Trägers der Stiftung, was in welcher Form wie geschieht“, so Kultusministerin Susanne Eisenmann.

Mit den Sunniten ist die bei weitem größte islamische Strömung vertreten, nicht jedoch etwa die Schiiten. Laut dem Pew Research Center machen Erstere etwa 87 bis 90, Zweitere etwa zehn bis 13 Prozent der Muslime weltweit aus.